



15.10.2015

Verfolgung der Straftaten in der Erstaufnahmeeinrichtung Suhl am 19. August 2015

**Offener Brief an den Ministerpräsidenten des Freistaats Thüringen Herrn Bodo Ramelow,
den Minister für Inneres und Kommunales Herrn Dr. Holger Poppenhäger und den
Leitenden Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Meiningen Herrn Dieter Lohmann**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrter Herr Innenminister,
sehr geehrter Herr Oberstaatsanwalt,

mit Besorgnis verfolgen wir die Berichterstattung über die Strafverfolgung der
Ausschreitungen in der Erstaufnahmeeinrichtung Suhl am 19. August 2015.

Ein junger, vom Islam zum Christentum konvertierter Afghane wird in einem deutschen
Flüchtlingsheim von seinen muslimischen Mitbewohnern so provoziert und tyrannisiert, dass
er schließlich ausrastet und Seiten aus einem Koran reißt. Daraufhin wollen ihn Muslime
lynchen, jagen ihn, demolieren die halbe Einrichtung und verletzen dutzende Unbeteiligte
und Polizisten.

Erst Wochen später werden die Akteure verhaftet. Die einzige vernehmbare Strafandrohung
von Staatsanwalt Knapp richtet sich jedoch gegen den jungen Afghanen, nämlich dass eine
Beschimpfung von Bekenntnissen vorliegen könnte, die mit einer Freiheitsstrafe von drei
Jahren geahndet werden kann (Thüringer Allgemeine vom 03.09.15). Ministerpräsident
Ramelow fügt hinzu, er toleriere überhaupt nicht, dass man einen Koran zerreißt und in eine
Toilette schmeißt (TA vom 30.09.15).

Die Strafandrohungen für den Afghanen erscheinen als Hohn auf die Millionen verfolgter
Christen in der ganzen Welt und insbesondere für Konvertiten, die vor islamistischen
Gewaltexzessen aus ihrer Heimat fliehen. Auf dem Mittelmeer werden christliche Passagiere

auf den Flüchtlingsbooten von Muslimen über Bord geworfen. Und auch in Europa müssen Konvertiten um ihr Leben fürchten.

Innenminister Poppenhäger will mit den Verhaftungen demonstrieren, dass unser Rechtsstaat steht und in Deutschland keine Glaubenskriege geduldet werden. Das ist ein unbedingter Schritt in die richtige Richtung. Aber der Rechtsstaat wird zum Unrechtsstaat, wenn Opfer zu Tätern gemacht werden. Unser Rechtssystem hat die an Leib und Leben bedrohten, vom Islam konvertierten Christen bedingungslos zu schützen und damit die grundgesetzlich verbrieft Religionsfreiheit für jeden hier lebenden Menschen zu gewährleisten. Derzeit sind Christen in den Flüchtlingsunterkünften gewalttätigen Übergriffen von Muslimen schutzlos ausgeliefert.

Staatsanwalt Knapp erklärt: „Der Koran ist auch in Deutschland geschützt“ (TA vom 03.09.15). Das verwundert. Wenn im Kontext der Trennung von Staat und Kirche und sogar an deutschen theologischen Fakultäten die Bibel als literarisches Werk wie jedes andere angesehen wird, dann muss dasselbe für den Koran gelten. Gibt es in Deutschland einen einzigen Fall, wo jemand verhaftet, angeklagt oder gar verurteilt wurde, weil er eine Bibel gefleddert oder das christliche Bekenntnis beschimpft hat? Am 19. September skandierten die Gegendemonstrationen gegen den „Marsch für das Leben“ in Berlin unentwegt: „Hätt Maria abgetrieben, wärt Ihr uns erspart geblieben“ – eine klarer Vernichtungswunsch gegen Christen. Wurde aus den Sprechchören ein Einziger verhaftet? Im Gegenteil wurden sie von Spitzen der LINKEN ausdrücklich dazu motiviert, womit die Thüringer Regierungspartei von Ministerpräsident Ramelow in erschreckender Weise an frühere Zeiten der deutschen Geschichte erinnert.

Wer Glaubenskriege verhindern will, kann nicht jemanden verfolgen, weil er ein paar Seiten aus einem religiösen Buch reißt. Versuchter Totschlag, Landfriedensbruch und Bedrohung der Staatsgewalt sind hingegen Straftaten, die nach Recht und Gesetz zu ahnden sind.

Falls der junge Afghane verhaftet wurde – was aus den Zeitungsberichten nicht eindeutig hervorgeht – fordern wir seine sofortige Freilassung und sichere Unterbringung. Seien Sie versichert, dass wir den Fall sehr genau verfolgen und uns für das Opfer der Gewaltausbrüche einsetzen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Bündnis C – Christen für Deutschland – AUF&PBC

Karin Heepen
Bundesvorsitzende

Ole Steffes
Bundesvorsitzender